



Rückblick auf 18 Monate Debatte um neue Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg

8. August 2012

Werner Große

Präsident des Städte- und Gemeindebundes
Brandenburg

Brandenburg diskutiert über neue Verwaltungsstrukturen

- Anstoßen aus SPD
- Anfänglich Forderungen nach Abschaffung der Ämter und neue Mindesteinwohnerzahlen (10 – 12 T. Einwohner)

Landtag Brandenburg setze Enquete-Kommission ein

- „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“
- Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
- Angenommen am 23. März 2011
- Vorsitzender: Stefan Ludwig (LINKE)
- Stellvertreter: Sven Petke (CDU)
- 7 Mitglieder, 7 Sachverständige

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

3

Mitglieder der Enquete- Kommission

7 Parlamentarische Mitglieder/
stellv. parlamentarische Mitglieder

- Manfred Richter / Elisabeth Alter (SPD)
- Werner-Siegwart Schippel / Holger Rupprecht (SPD)
- Stefan Ludwig / Dr. Michael Egidius Luthardt (DIE LINKE)
- Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg Margitta Mächtig (DIE LINKE)
- Sven Petke / Henryk Wichmann (CDU)
- Andreas Büttner / Hans-Peter Goetz (FDP)
- Ursula Nonnemacher / Marie Luise von Hale (GRÜNE/B90)

7 Sachverständige Mitglieder

- Dr. Uta Barkusky, (Bürgermeisterin Stadt Müncheberg)
- Karl-Ludwig Böttcher (Geschäftsführer Städte- und Gemeindebund Brandenburg)
- Prof. Dr. Gisela Färber (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer)
- Prof. Dr. Ihno Gebhardt (FH der Polizei Brandenburg; Fellow des KWI Universität Potsdam)
- Werner Große (Präsident Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Bürgermeister Stadt Werder/Havel)
- Prof. Dr. Christoph Hönnige (Georg-August-Univ. Göttingen)
- Dr. Paul-Peter Humpert (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Landkreistag Brandenburg)

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

4

Enquete-Kommission

- 10 Punkte Arbeitsauftrag
- Zwischenbericht Sommer 2012
- Abschlussbericht 2. Quartal 2013

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

5

Arbeitsauftrag

1. Die Ergebnisse der Ämterreform 1992, der Kreisgebietsreform 1993 und der Gemeindegebietsreform des Jahres 2003 sind zu prüfen und unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit in einer zusammenfassenden Bewertung darzustellen. Dabei sind die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere der Reformen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu berücksichtigen. Die Leistungsfähigkeit, Strukturen und Größen der kommunalen Verwaltungseinheiten sind vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs zu bewerten

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

6

Arbeitsauftrag

2. Die derzeitige vertikale und horizontale Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen und die dabei eingesetzten Personal- und Finanzmittel sind systematisch zu erfassen und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und den sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen zu bewerten. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge sind die Leistungen kritisch zu beurteilen.

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

7

Arbeitsauftrag

3. Die Struktur der Aufgabenverteilung auf allen Ebenen ist kritisch zu bewerten. Es ist zu überprüfen, an welcher Stelle diese Aufgaben bürgerfreundlich, am effizientesten und kostengünstigsten erbracht werden können und ob auf Ebene der Landesbehörden neue Zusammenarbeitsmodelle mit anderen Ländern gefunden werden können. Die Vorschläge dürfen einer möglichen Länderneugliederung nicht im Wege stehen.

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

8

Arbeitsauftrag

5. Bei der Betrachtung von Neustrukturierungen der Verwaltungseinheiten ist auch die Frage zu untersuchen, ob die Ämter im Land Brandenburg vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung in anderen Ländern umgestaltet oder nach den Erfahrungen anderer Flächenländer neu konzipiert werden müssen.

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

9

Arbeitsauftrag

6. Die Enquetekommission soll ausgehend von den Analyseergebnissen dem Landtag verschiedene Modellvarianten einschließlich Mindestgrößen für eine mögliche Neu- bzw. Umstrukturierung der Gebietskörperschaften im Land Brandenburg vorlegen, die den sich verändernden finanziellen und demographischen Bedingungen Rechnung tragen. Die modifizierten Verwaltungsstrukturen sollen flexible und zukunftsfeste Elemente beinhalten, um auf künftige demographische Entwicklungen reagieren zu können. Grundlage für eine Gebietsreform ist eine Funktionalreform. Die Entwicklungen und Reformen in anderen Ländern sollen dabei vergleichend herangezogen werden.

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

10

10.06.2011: Beschluss über Arbeitsplan

- Festlegung von 7 Aufgabenkomplexen
 - I. Evaluierung und Erfahrungen bisheriger Reformen
 - II. Evaluierung der horizontalen und vertikalen Aufgabenverteilung
 - III. Kommunale Kooperation
 - IV. Zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen
 - V. Zukunft der Kommunalfinanzen
 - VI. Leistungsfähiges und bürgernahes E-Government
 - VII. Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
- Derzeit wird Zwischenbericht vorbereitet

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

11

Ministerium des Innern

- Lässt derzeit durch Gutachter untersuchen,
 - ob die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes Schleswig-Holstein zu den dortigen Ämtern auf Brandenburg übertragbar ist.
 - Dahinter steht die Fragen, ob die Ämter in Brandenburg jetzt so viele Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen, dass sie als Gemeindeverband anzusehen wären und eine unmittelbar gewählte Vertretung benötigen (hat VerfG Bbg bisher immer anders gesehen)
 - ob es möglich ist, die hauptamtliche Verwaltung auf einer höheren Ebene anzusiedeln, ohne in die kommunale Selbstverwaltung und die Gemeindegebietsstrukturen einzugreifen.

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

12

Mitglieder unterschiedlich betroffen:

- Kreisfreie Städte: Zukunft der Kreisfreiheit?
- Ämter: Fortentwicklung?
- Amtsfreie Städte und Gemeinden: Neue Mindesteinwohnerzahlen?
- Vielfach Verunsicherung feststellbar:
 - Einzelne Zusammenschlüsse von Ämtern in Vorbereitung
 - Aber: aktuelle Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers begrenzt durch Anforderungen an Mehrfachneugliederungen bzw. Entzug gemeindlicher Selbstverwaltungsaufgaben

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

13

Ein Schwerpunkt: Neuordnung der Aufgabenverteilung im Land

- EK-Arbeitsgruppe „Aufgabenerfassung“
 - Soll Kommunalisierbarkeit von Landesaufgaben prüfen und Vorschläge unterbreiten
 - bereitet Bericht vor
- Aufgabenübertragung auf kreisangehörige Städte und Gemeinden
 - Gespräche mit Landkreistag 5. Juni und 2. Aug. 2012
 - Verständigung: Gemeinsame Arbeitsgruppe
- Ziel des StGB: Stärkung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch Verlagerung von bisherigen Landes- oder Kreisaufgaben

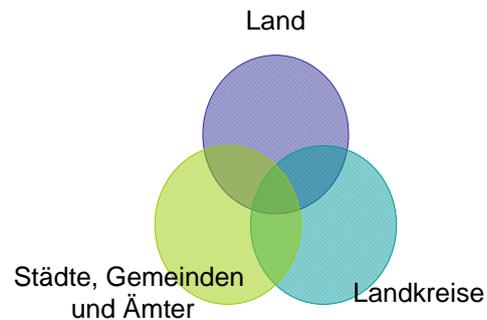
08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

14

Ein EK-Schwerpunkt: Neuordnung der Aufgabenverteilung im Land

- Erst nach Entscheidung über künftige Aufgabenverteilung kann sinnvoll über Einwohnergrößenklassen und künftige Verteilung der Finanzmittel gesprochen werden



08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

15

Bisherige Erörterungen im Städte- und Gemeindebund Brandenburg

- Abstimmungsberatungen mit den Amtsdirektoren der Mitgliedsämter am
 - 19. Januar 2011
 - 1. Februar 2012
- Ein Ergebnis: Positionspapier „Ämter haben Zukunft“
 - > Vortrag AD Kleine
- Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlicher Bürgermeister hat Positionspapier unterstützt



08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

16

Erörterung im Städte- und Gemeindebund Brandenburg:

- Behandlung in vielen Kreisarbeitsgemeinschaften
- Arbeitsgemeinschaft Bürgermeister großer und mittlerer Städte und Gemeinden hat Arbeitsgruppe eingesetzt
- Klausurtagung des Landesausschusses am 15./16. März 2012
- Regelmäßiger Tagesordnungspunkt im Präsidium (vgl. Berichte in Mitteilungen)
- Gegenstand der Mitgliederversammlung am 10. September 2012

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

17

Unterschiedliche Positionen im politischen Raum

Beschluss SPD-Landesvorstand vom 5. Sept. 2010

(...) Um die Ausgaben des Landes also um etwa 20 Prozent reduzieren zu können, werden wir die gesamte öffentliche Verwaltung unseres Landes auf Effizienz und Leistungsfähigkeit kontrollieren:

Wir werden die Gemeindestrukturen überprüfen und finanzielle Anreize geben, um freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden und die Auflösung von Ämtern zu befördern.

Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen so ändern, dass Kreise, kreisfreie Städte und Kommunen besser zusammenarbeiten können

(...)

Leitantrag für SPD-Landesparteitag 22. Sept. 2012 (Auszug)

- **„Bürgernahe und effiziente Verwaltung, starke Kommunen“ (548 ff.)**
 - *(...) Bis 2019 haben fast alle Städte und Gemeinden ihre Selbstverwaltungskraft infolge freiwilliger und vom Land geförderter oder gesetzlicher Fusionen gestärkt und haben selbstbewusste Ortsteile. (...)*
 - *„Gemeinden können sich für ihre Verwaltungsaufgaben auch eines noch leistungsfähigeren Amtes bedienen oder ihre Verwaltungsaufgaben dauerhaft von einer anderen Gemeindeverwaltung erfüllen lassen.“*
 - *„Die Kreisfreien Städte sind in gestärkte Landkreise integriert, nachdem das Land Entschuldungshilfen leistete und ihre umfassende Funktion als Oberzentren stärkte.“*
 - *„Aus den Landesbehörden wurden weitere Aufgaben auf eine – inzwischen – kleinere Zahl von Landkreisen übertragen, um sie auf einer Ebene koordiniert und wirtschaftlicher zu erfüllen. Die Kreise haben ihrerseits Aufgaben an die gestärkte Städte- und Gemeindeebene abgegeben, die sie ortsnäher erfüllen.“*
 - *Die öffentlichen Aufgaben des Landes, der Landkreise und der Städte und Gemeinden werden so weit wie möglich unabhängig vom Behördensitz vor Ort erbracht. (...)*

DIE LINKE: Beschluss des Landesparteitages am 5. März 2011

- *Kommunale Selbstverwaltung stärken, Funktionalreform durchführen, Freiwilligkeit wahren*
 - (...) Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen unter konsequenter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit (...)
 - (...) Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren. (...)
 - (...) In der Diskussion und vor möglichen Entscheidungen auf Landesebene sind die kommunalen Akteure zu beteiligen, die Erfahrungen aus den bisherigen Gebietsreformen 1993 und 2003 sowie der Ämterreform 1992 zu erfassen und einzubeziehen sowie die zukünftige Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen, Städten und Gemeinden zu entscheiden (Funktionalreform). (...)

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

21

CDU-Fraktion, Pressemitteilung v. 4.1.2011

„(...) Die CDU-Fraktion schlug deshalb eine Enquete-Kommission des Landtages zu diesem Thema vor. Gemeinsam mit kommunalen Vertretern, Experten und Betroffenen könnte das Thema in diesem Rahmen umfassend erörtert werden, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Sven Petke.
„Wer es wirklich ernst meint mit zukunftsfähigen Kommunalstrukturen in Brandenburg, der **muss sich zuerst mit einer Funktionalreform befassen. Ein Umbau der Strukturen ohne vorher über die Verteilung von Aufgaben, die Finanzbeziehungen von Land und Kommunen und die Ergebnisse der Gemeindereform 2003 zu reden, ist der falsche Ansatz.** Man darf nicht den zweiten Schritt vor dem Ersten machen“, so der CDU-Innenexperte.“

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

22

CDU-Brandenburg

- Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Dr. Dietlind Tiemann (OBin Brandenburg a.d.H.) erarbeitet derzeit Leitbild

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

23

Fraktion B90/DIE GRÜNEN, Beschluss 11.01.2011 (Auszug)

- *Spätestens 2020, dem ersten Jahr nach Auslaufen des Solidarpaktes und der derzeitigen Regelung des Länderfinanzausgleichs, müssen die staatlichen Verwaltungsstrukturen Brandenburgs auf allen Ebenen zukunftsfest organisiert sein. Dies erfordert mehr als eine bloße kommunale Gebietsreform, in der einzelne Grenzen neu gezogen werden. Hierzu gehört auch eine umfassende Funktionalreform, in der vorurteilsfrei über eine Neuaufteilung der staatlichen Aufgaben auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene entschieden wird; hierzu gehört aber auch eine deutliche Ausweitung der direkten und indirekten demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen zwischen den Kommunalwahlen. (...)*

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

24

Fraktion B90/DIE GRÜNEN

- Kurzgutachten zur Reform der Kommunal- und Landesverwaltung Brandenburg in Auftrag gegeben
- Gutachter: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer
- Ergebnisse werden August/September erwartet

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

25

FDP, Pressemitteilung 15.01.2011

***Beyer/Büttner: Landesvorstand der FDP Brandenburg spricht sich einstimmig für die Einsetzung einer Enquetekommission aus
Enquetekommission zur Neuordnung der Verwaltungsstruktur auf Landes- und Kommunalebene ist richtiger Schritt***

Potsdam, 15. Januar 2011. Der Generalsekretär der FDP Brandenburg, Gregor Beyer, und der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag Brandenburg, Andreas Büttner, erklären gemeinsam: (...)

Zu diesen Mindestanforderungen gehören die umfassende Auswertung der Gemeindegebietsreform 2003, eine echte Funktionalreform, die auch die Verwaltungsstrukturen auf Landesebene umfasst, eine Diskussion über die Finanzbeziehungen zwischen Land, Kreis und Städten und Gemeinden sowie erst im letzten Schritt eine mögliche Gebietsneuordnung.“

(...)“

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

26

FDP, Fraktionsvorsitzender Büttner, Pressemitteilung 10.2.12

- *„(...) freiwillige Kooperation von Kommunen besser (...) als Fusionen.*
- *“Kommunen sind nicht nur Verwaltungseinheiten sondern vor allem identitätsstiftende Lebensräume, Orte der Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements“, so der Fraktionsvorsitzende Andreas Büttner. Man könne Kommunen nicht auf ihre Verwaltungstätigkeit reduzieren und Gebietsreformen als reines Personal- und Kostensenkungsmodell betrachten. „Auf großflächige Gebietszusammenschlüsse sollte die Landesregierung daher verzichten“, so Büttner. (...)*

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

27

Arbeitsgruppen der Parteien begleiten die EK

- Bündnis 90/DIE Grünen: Einrichtung eines Arbeitskreises zur Begleitung der Enquetekommission „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“
- FDP: Einrichtung eines Beirates zur Begleitung der Enquete-Kommission

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

28



Weitere Informationen

www.stgb-brandenburg.de
www.ek2020.brandenburg.de

08. August 2012

Städte- und Gemeindebund
Brandenburg

29